

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Deutschlands
Tageblatt Riesa.
General Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postleitzettel:
Dresden 1880
Großstraße
Riesa Nr. 52.

Nr. 175.

Sonnabend, 28. Juli 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Samm- und Festtage. Bezugspreis, gegen Voranzeigung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Aufschluss. Für den Fall des Eintretens von Produktionsschwierigkeiten, Schüttungen der Böhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen bis die Summe des Ausgabebetrages sind bis 8 Uhr vermittags aufzugeben und im vorne zu bezahlen; eine Gewöhnung für das Erstellen an bestimmten Tagen und Wochentagen wird nicht übernommen. Grundpreis für bis 20 mm breite, 3 mm hohe Grünschriftzeile (6 Silben) 10 Gold-Pfennige; bis 20 mm breite Kleinzeile 100 Gold-Pfennige; mitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Taxe. Gewilligte Räume erhält, wenn der Zeitung verfällt, durch Klage eingezogen werden muss über den Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Urtümliche Unterhaltungsbeiträge — hat der Zeichner keinen Anspruch auf Bezeichnung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Stationärer und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ohlemann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Wittich, Riesa.

Die Arbeitslosen.

zu. Wenn man vor dem Weltkrieg in Deutschland einen Bettler traf, der behauptete, er finde keine Arbeit, so konnte man tausend gegen eins wetten, dass der betreffende Mann überhaupt nicht arbeiten wollte. Machte man dann die Probe aufs Exempel und gab ihm irgend eine Arbeit, so lief er bestens nach einigen Tagen davon. Die Erinnerung an jene schönen Zeiten, in denen lebte in Deutschland Arbeit fand, der ernstlich arbeiten wollte, hat es mit sich gebracht, dass auch heute noch sehr viele Menschen, die das Alte, aber leider Gewohnte nicht so leicht vergessen können, immer wieder auf neue behaupten, die vielen hunderttausende Arbeitslosen hätten überhaupt nicht die Absicht und den Willen zur Arbeit. Diese alte, von bedeutenden Volkswirtschaftlern aufgestellte These widerlegt Ansicht höchst ehrlich auch heute noch bei vielen unserer Volksgegenossen vor, aber leider ist diese Tatsache nicht zu ändern, ebenso wie die unbestrittene Wahrheit, dass die schönen Zeiten von anno dazumal endgültig vorüber sind. Es wäre vielleicht erstaunlich an der Zeit, wenn sich die gesamte Öffentlichkeit, und nicht nur diese, sondern noch besser jeder denkende Deutsche — und das wollen wir doch schließlich alle sein — ein wenig aber besto energischer mit dem Arbeitslosenproblem, dem schwierigen Gegenstand an unserm Völkerführer beschäftige. Auch wir wollen heute einmal die Hand an diese offene Wunde legen.

Wie kommt es denn eigentlich, dass wir so viele Arbeitslose in Deutschland haben? Für diese Frage gibt es nicht nur eine sondern hundert Antworten. Die Hauptursachen tragen die durch das Verfasserte Gewalttat durchgeführte Entmilitarisierung Deutschlands, die durch den Krieg verursachte Abdrangung Deutschlands vom Weltmarkt und die fortwährende Amerikanisierung der deutschen Industrie. Eine andere Frage, die oftmal gestellt wird, lautet: Wieviel Arbeitslose haben wir denn eigentlich? Die von Zeit zu Zeit veröffentlichten amtlichen Statistiken geben augenblicklich als Antwort auf diese Frage etwa 1/2 Millionen an. Hierbei muss man jedoch berücksichtigen, dass dies nur die sogenannten Hauptunterstützungsbewohner sind, also ohne Angehörige gerechnet. Dazu kommt noch, dass diese Zahl auch nicht die wegen allzu langer Arbeitslosigkeit aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuerten und zur Zeit Wohlfahrtsunterstützung beanspruchenden sowie die überhaupt nicht zur Kontrolle gehenden Arbeitslosen enthält. Die eigentlich richtige Zahl der in Deutschland vorhandenen Arbeitslosen ist also weit größer, als die vom statistischen Reichsamt jeweils veröffentlichte. Wieviel Arbeitslose wir zur Zeit insgesamt haben, über diese Frage schweigen sich unsere Behörden trotz aller Nachforderung zur Bekanntgabe vermutlich mit voller Absicht aus. Wobon alle diese Arbeitslosen leben? Nun, in den meisten Fällen von der an sie gesetzten Unterstützung, die für die einzelne Person je nach Alter und Aufenthaltsort zwischen 40 und 60 Mark im Monat schwankt, wozu dann noch die Familieneinkommen treten, die je nach der Größe der Familie 10 bis 20 Mark monatlich ausmachen. Das die Arbeitslosen mit einer derartig „hoch“ bemessenen Unterstützung keine großen Sorgen machen können, liegt klar auf der Hand. Sie reicht in den meisten Fällen nicht einmal dazu hin, die Ernährung sicherzustellen. Für die Aufzehrung der Miete, Beschaffung von Kleidern usw. muss in den meisten Fällen das zuständige Wohlfahrtsamt noch besonders Sorge tragen. Davor, vieldesto mehr, Ruhe und Sorge, wieviel Nöchternheiten, Bank, Arzter und Explosivstoff aller Art durch eine längere Arbeitslosigkeit des Ernährers in die vom Unglück betroffene Familie gebracht wird, kann sich nur der einen Begriff machen, der diese Miserie, die wir keinen unterer Befrei gönnen, selbst durchgemacht hat.

Für die Überführung der Arbeitslosen in eine neue Beschäftigung sollen die öffentlichen Arbeitsnachweise folgen. Sehr interessant und empfehlenswert wäre es, wenn die öffentlichen Arbeitsnachweise dazu gezwungen würden, über ihre Tätigkeit in der Öffentlichkeit Rechenschaft abzulegen, und zwar so, dass aus der Statistik die genaue Zahl der bei dem Arbeitsnachweis eingetragenen Arbeitslosen und die in einem gewissen Zeitabschnitt vermittelten Stellen geindiziert nach den einzelnen Berufen ersichtlich ist. Man würde dann auch einen Einblick darin gewinnen, wie unsere Arbeitsnachweise überhaupt arbeiten. Bisher hat man hierüber keine authentischen Zahlen gehört, trotzdem wiederholt öffentlich danach gefragt wurde. Man schweigt sich einfach — ob wohlweislich, wollen wir dahin gestellt sein lassen — hierüber aus und lässt die Karre laufen, wie sie eben läuft.

Am allergrößten daran sind bei all diesem Elend die älteren arbeitslosen Kaufmännischen Angestellten, und vor allem die älteren arbeitslosen Angehörigen der freien Berufe, unter letzteren besonders die sogenannten Intellektuellen, die einen großen Tell der geistigen Elite Deutschlands in sich schließen. Was hier zur Zeit an geistiger Kraft dran liegt, die bei gutem Willen der zukünftigen Behörden sehr wohl zum Nutzen der Allgemeinheit verwandt werden könnte, läuft sich gar nicht ausdenken. Es wäre, gelinde gesagt, geradezu eine Kulturrevolution, wenn diesem für Deutschland entziehenden Zustand nicht bald ein Ende gemacht würde.

Dringend notwendig ist vor allem ein Gesetz, das alle dienenden, die Arbeitskräfte benötigen, dazu gezwungen würden, sich neben anderen Möglichkeiten zur Erlangung einer Arbeitskraft zuerst der öffentlichen Arbeitsnachweise zu bedienen und erst dann, wenn diese versagen, die

Ein deutscher Schritt in Paris?

Berlin. (Funkspruch.) Wie die „B. B.“ meldet, dürfte, sobald Mitteilungen des Rheinlandkommissars über seine Nachprüfungen der Auslieferungs-Angelegenheit vorliegen, ein offizieller deutscher Schritt in Paris erfolgen, um auf diplomatischem Wege zu einem Ausgleich und einer Verständigung mit der französischen Regierung zu kommen. In diplomatischen Kreisen wird, wie das Blatt weiter mitteilt, mit Bestimmtheit angenommen, dass man am Quai d'Orsay zu einer Entscheidung komme, die seine Belastung der Locarno-Politik bedeutet.

Pariser Reise und Auslieferungsfrage.

zu. Berlin. Der Tag der Ministerzusammenkunft in Paris war festgesetzt. Die Unterzeichnung des Kellog-Bates sollte am 27. August erfolgen. Im letzten Augenblick waren dann Schwierigkeiten aufgetreten, die eine Verschiebung der Konferenz in Paris im Auge hatten. Sie fanden aus Washington und wurden in Paris untersucht. Schließlich führten diplomatische Unterhandlungen doch zu einer Verständigung. Die Biderände in Amerika wurden aufgegeben und Frankreich fügte sich ins Unabänderliche. Deshalb ging, noch ehe die Meldung über die Verschiebung der Konferenz bekannt war, bereits die Nachricht durch die Welt, dass nunmehr die Pariser Ministerzusammenkunft gesichert sei.

Ersaubnis erhalten, sich auf andere Weise Arbeitskräfte zu beschaffen. Dann könnten auch die öffentlichen Facharbeitsnachweise nicht mehr mit der viel gedrohten Ausrede kommen, sie könnten keine Arbeitskräfte vermitteln, da sie nicht wählen, wo Bedarf an solchen vorhanden ist. Ein solches Gesetz möglichst bald zu schaffen, ist unbedingt Wunsch unserer neuen Regierung. Sie könnte sich hierbei auf den Willen einer großen Mehrheit sowie auf die Tatsache stützen, dass die Stellenvermittlung letztens der öffentlichen Arbeitsnachweise, sowohl für die Arbeitgeber als auch für den Arbeitnehmer vollkommen losgelöst erfolgt. Das, was jetzt in dieser Beziehung besteht, ist eine Lücke im Gesetz, die möglichst sofort geschlossen werden muss.

Fünf Millionen für landwirtschaftliche Unwetterhöden.

K Berlin. Wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger erläutert, hat Reichsinnenminister Seizinger erneut die Frage der Bereitstellung eines besonderen Betrages von 5 Millionen für die Gebietslandwirtschaftliche Unwetterhöden gestärkt. Das Rödin-Morg hatte grundsätzlich die Bewilligung eines solchen Fonds zugestimmt, aber erklärt, dass über die jetzt verfügbaren Mittel buchstäblich bereit disponiert sei. Auf Entwurf Seizingers hat nun das Reichskabinett beschlossen, in dem ordentlichen Etat für 1929 diese 5 Millionen einzutragen, sie doch bereits jetzt für die Unwetterhöden aus 1927 und 1928 anzuseilen und sie durch das federführende Reichsinnenministerium verteilen zu lassen. Die Verteilung soll, wie das Nachrichtenbüro weiter erklärt, bereits in der nächsten Woche erfolgen.

Seizinger zu Beamtenfragen.

Berlin. (Telefon.) Wie die Deutsche Beamtenbund-Korrespondenz berichtet, empfing Reichsinnenminister Karl Seizinger in diesen Tagen eine Besetzung des Deutschen Beamtenbundes.

Bruderschaftsleiter Häglé hatte folgende Wünsche des Deutschen Beamtenbundes zum Vortrag: Erhaltung und Förderung des deutschen Verfassungsrechts auf öffentlich-rechtlicher Grundlage; Neuregelung des Beamtenrechts mit Eingliederung der Dienststrafordnung, also Zusammensetzung in einer einzigen großen Kodifikation, eine einheitliche, freiheitliche und soziale Regelung des Beamtenrechts dem Grundgedanken der demokratischen Partei entsprechend; beispielsgünstige Herstellung eines sozialen Einwurfs und Heranziehung des Deutschen Beamtenbundes zur Mitarbeit; Einführung eines Entwurfs eines deutschen Beamtenvertretungsgesetzes, ferner: eine Verwaltungsreform, die nicht mehr einheitlich als ein vereinzelter Abbau, sei abzutun, hingegen wolle der Deutsche Beamtenbund an einer Reform, die die Verwaltung einsächer, zweckmäßiger und wirtschaftlicher machen will, gern mitarbeiten.

Reichsinnenminister Seizinger habe die Darlegungen des Vorsitzenden des D.B.B. mit großem Interesse eingegangen und schon während des Vortrages wiederholte seine Zustimmung zum Ausdruck gebracht. Er habe sich zufrieden zur Erhaltung und Förderung des deutschen Verfassungsrechts auf öffentlich-rechtlicher Grundlage bekannt, wobei er betont habe, dass jeder, der die Verhältnisse kenne und aus eigener Anschauung studiert habe, für die Aufrechterhaltung des Verfassungsrechts einzutreten müsse.

Auch Dr. Stresemann hatte bereits seine Zusage gegeben. Zugleich ist es aber zweifelhaft, ob Stresemann tatsächlich nach Paris fährt. Denn bekanntlich liegt jetzt das Verlangen Frankreichs vor, dass drei Deutsche ihm ausgesetzt werden sollen. Es ist selbstverständlich ausgeschlossen, dass Stresemann, der diese Forderung rücksicht abwehren muss, sich nach Paris begeben kann, ehe die Angelegenheit geklärt ist. Man darf nicht annehmen, dass die Angelegenheit keine praktische Auswirkung haben wird, weil die drei in Frankreich verurteilten das deutsche Gebiet bereits verlassen haben dürfen und deshalb eine Auslieferung garantiert möglich ist. Deutschland hat, nachdem einmal die französische Forderung vorliegt, die Aufgabe, die Auslieferungsfrage ein für allemal zu klären. Und dazu soll, wie wir zuverlässig hören, die nächste Zeit benutzt werden.

Wie wir wissen, sind bereits diplomatische Gespräche über diese Frage im Gang und wenn die Verhandlungen einen für Deutschland befriedigenden Ausgang nehmen, steht der Reise des Außenministers nichts im Wege. Wenn also Frankreich Wert darauf legt, auch Stresemann in Paris begründen zu können, wird es sich sehr schnell zu einer klaren Stellung in der Auslieferungsfrage entscheiden müssen. Es ist selbstverständlich, dass das Auslieferungsrecht, das im Rheinlandabkommen vorgegeben ist, nicht weiter bestehen bleibt, kann, weil dieses Abkommen unter ganz anderen Bedingungen geschlossen wurde und inzwischen es ein Locarno gegeben hat, schließlich aber das Völkerrecht auch wieder die alte Bedeutung erlangt hat.

Aus dem weiteren Verlauf der Unterredung sei hervorgehoben, dass der neue Reichsinnenminister zweifellos von dem besten Willen beeindruckt sei, für die baldmöglichste Einführung eines neuen Beamtenrechts einzutreten, wobei er sich in Übereinstimmung mit dem Deutschen Beamtenbund für die Eingliederung der Dienststrafordnung in das neue Beamtenrecht ausgesprochen habe. In diesem Zusammenhang habe der Minister die Hinzuziehung der Spartenorganisationen der Beamtenfamilie angeworben. Es sei nach Lage der Dinge selbstverständlich, dass Minister Seizinger bei dieser ersten Untersuchung nicht auf alle Einzelheiten habe eingehen können; er habe jedoch darüber eine weitere Bekanntung für die nächste Zeit in Aussicht gestellt.

Ein Brief des Abg. Thiel an die Deutsche Volkspartei.

Obz. Wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger erläutert, hat der deutsch-volksparteile Reichsabgeordnete Otto Thiel unter dem 27. Juli folgendes Schreiben an die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei gerichtet:

„Sie fragen mich danach, was ich zu den Bemühungen des „Berliner Tageblatts“, innere Fragen der Deutschen Volkspartei in die Borgänge um Lambach einzuziehen, sage. Meine Antwort ist kurz und bündig:

Ich würde es als eine Gemeinheit ansehen, ausgerechnet zu derselben Zeit, in der sich unser Parteiführer in seinem wohlverdienten Urlaub in Lambach befindet, eine Parteirunde einzuziehen, wie sie das „Berliner Tageblatt“ offenbar herbeisehnt.

Meiner gewissen Sorgen, die mich und die in der Deutschen Volkspartei vertretenen Arbeitnehmer bedrücken, habe ich schon lange, bevor es einen Fall Lambach gab, Herrn Dr. Stresemann in loyalster Weise aufgeklärt. Mein Ziel ist, diese Schwierigkeiten mit der Partei und zum Nutzen der Partei, nicht aber in einer anderen Partei gegen die Deutsche Volkspartei zu überwinden. Und das hat seit, bis Dr. Stresemann sich, hoffentlich recht gut, erholte hat.

Mit deutschem Gruss Otto Thiel, M. d. R.
Dazu schreibt die Nationalliberale Korrespondenz, der parteiamtliche Presseleiter der Deutschen Volkspartei: „Der Brief des Abg. Thiel spricht für sich selbst. Das „Berliner Tageblatt“ hat einer groben Verfälschung der Öffentlichkeit schuldig gemacht, als es brüderlichweise Veröffentlichungen des Politisch-Wirtschaftlichen Zeitungsdienstes mit der Überschrift „Ein Widerspruch des Abgeordneten Thiel“ verlief, um dadurch den Anschluss zu erwischen, als handelt es sich um eine aktuelle Kompatibilitätskundgebung Thiel zum Falle Lambach. Tatsächlich besteht nach der Veröffentlichung des Artikels im B. B. auf seine Erinnerungen an angebliche frühere Aussprüche Thiels. Das „Berliner Tageblatt“ bedurftete aber zur Stützung seiner hältlosen Kombinationen der entstehenden antisozialen Ausmischung dieser Mitteilungen.“

Daher der Wahlausfall in der Deutschen Volkspartei ist unbedingt angelehnt wird, und dahil damit zusammenhängende Fragen im Herbst in den verantwortlichen Parteiständen ausführlich besprochen werden sollen, ist auch nicht neu, sondern längst bekannt. Über den Welt, in dem die Verhandlungen geführt werden, gibt der Brief Thiels ebenfalls Auskunft. Endlich erklärt noch der B. B. d. dass auch deutet noch die Arbeitnehmer der Rechten in den volkswirtschaftlich aufgebauten Parteien ihre politische Heimat leben“. Es ist also nichts mit der erfassten angedachten Kritik in der Deutschen Volkspartei.“